

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Juni 2026



WICHTIGE EU-VORLAGEN

Wir geben Ihnen die Übersicht zu wichtigen anstehenden Abstimmungen des EU-Dossiers.

Seiten 4-5

KEINE 10-MILLIONEN- SCHWEIZ

Wichtige Gründe für ein Ja zur Initiative am 14. Juni 2026.

Seite 7

BEDENKLICHE KRIMINALITÄT

Aktuelle Zahlen zur Kriminalität lassen aufhorchen und fordern zum Handeln auf.

Seiten 10-11

Wort des Monats

«WAS MIR AUFFÄLLT, WENN ICH SO MAILE IN DER SZENE: ES SIND VOR ALLEM SEHR VIELE CHRISTEN, DIE NOCH AM BALL SIND – WEIL WIR KEINEN ANSPRUCH AUF ERFOLG HABEN.»

Prof. Dr. Konstantin Beck im «EDU Podcast» vom 8. Mai 2026 zum Antrieb vieler Christen, die sich weiterhin für eine Corona-Aufklärung einsetzen.

Eidg. Volksabstimmungen vom 14. Juni 2026

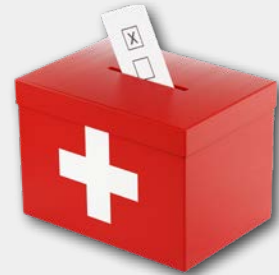
Parolen der EDU Schweiz

Ja

zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeitsinitiative)»

Ja

zur Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz)



EDU  **UDF**
Eidgenössisch-Demokratische Union

JA am 14. Juni 2026
zur Nachhaltigkeits-
Initiative

Jede Stimme zählt!



Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.

Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?
EDU Schweiz, info@edu-schweiz.ch, Tel. 033 222 36 37

Chance für EDU-Politiker!



Liebe Leserinnen und Leser

«Discuss it» führt an diversen Schulen in unserem Land Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen vor Abstimmungen durch. Politiker können auf deren Homepage jeweils schauen, wann und wo solche Anlässe stattfinden und ob noch für ein Pro oder Kontra jemand gesucht wird. Ist dies der Fall und passt die Nachfrage zur eigenen Position, kann man sich melden. Discuss it will mit solchen Angeboten die Jugend motivieren, sich für die politischen Prozesse und Möglichkeiten zu interessieren und vor allem, dann auch abzustimmen, sobald es das Alter zulässt.

Auch ich hatte mich, wie schon einige Male, wieder gemeldet und war am 12. Mai an der Berufs- und Weiterbildungsschule in Buchs SG. Zusammen mit einem FDP-Politiker stellten wir uns den Fragen der Moderatorin und später auch den Schülerinnen und Schülern zur Nachhaltigkeits-Initiative. Es waren intensive 60 Minuten. Die Moderatorin leitete und löcherte uns souverän und fair. Ich fühlte mich auch vom Lehrerteam geschätzt und willkommen. Mein «Gegner» schenkte mir in der Sache nichts, trotzdem hatten wir einen ganz und gar sachlichen Austausch. Vor und nach der Diskussion gab es zwischen uns auch einen netten Austausch, waren wir doch schon einmal zusammen an so einem Podium.

So sollte es in politischen Prozessen doch zu und her gehen! Zugegeben, auch an den Schulen läuft es nicht immer so perfekt ab. Auf jeden Fall kann ich diese Möglichkeit zur Teilnahme uns EDU-lern von Herzen empfehlen. Der grösste Ansporn für mich ist, wenn Lehrpersonen sagen, sie würden sich freuen, mich wieder einmal hier begrüßen zu können und die Diskussion sei wirklich spannend gewesen.

Übrigens müssen die Schülerinnen und Schüler am Schluss jeweils ihre Parolen abgeben mit dem Handy. Heute war das Resultat wie folgt: Ja: 22, Nein: 26, Enthaltungen: 13. Leider ist nie erkennbar, inwiefern die eigenen Argumente das Resultat beeinflusst haben.

Lisa Leisi, Redaktions-Team «Standpunkt»

Aktueller Podcast:



Sendung mit Prof. Konstantin Beck:
www.youtube.com/@eduschweiz6697



Wichtige EU-Abstimmungen: die Übersicht

Oft werden wir gefragt, wie es mit dem geplanten Vertragswerk mit der EU und weiteren Geschäften (z.B. die «Kompass-Initiative») weitergehe. Die SVP-Bundeshausfraktion (mit den EDU-Vertretern Andreas Gafner und Erich Vontobel) hat einen realistischen Zeitplan zu den fünf wichtigsten Vorlagen im EU-Dossier erstellt.

Absehbar ist, dass die Mittellinks-Parteien das Abkommen mit der EU (sog. «Unterwerfungsvertrag») unbedingt noch vor den eidgenössischen Wahlen 2027 an die Urne bringen wollen. Die Kompass-Initiative, welche bei wichtigen staatspolitischen Verträgen ein Ständemehr in der Verfassung verankern will, kommt ziemlich sicher nach der Abstimmung über das EU-Abkommen vors Volk. Dies, weil ein entsprechender Vorstoss, der eine vorgängige Behandlung der Initiative verlangte, in der Frühjahrsession 2026 abgelehnt wurde.

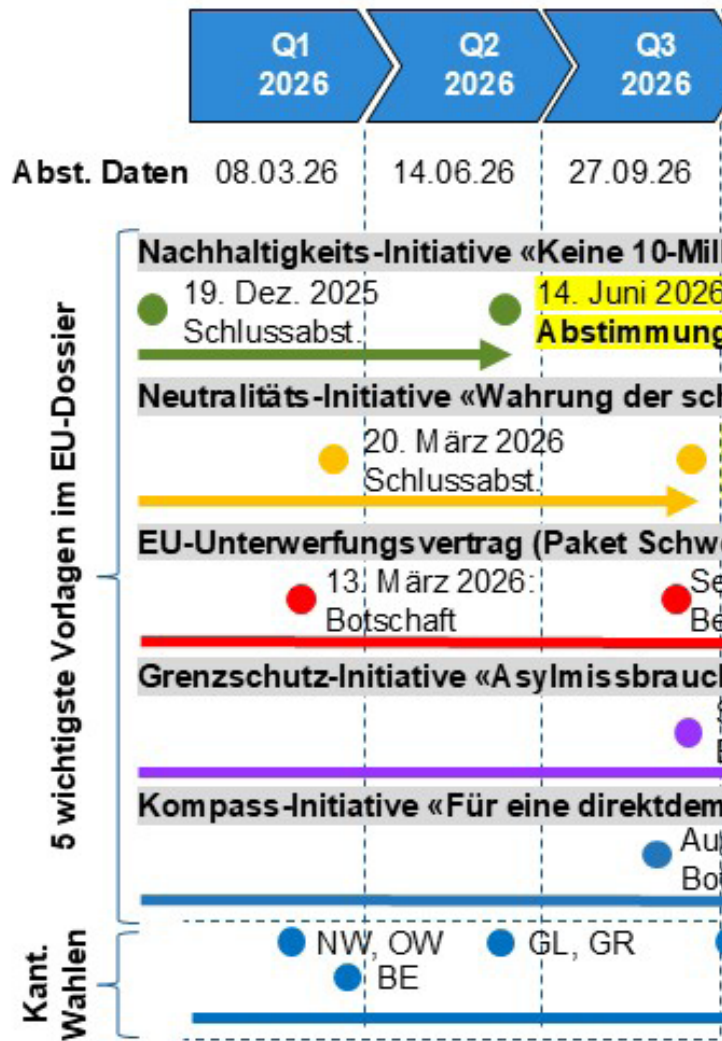
Neutralitätsinitiative kommt im Herbst 2027 vors Volk

Voraussichtlich bereits am 27. September 2027 kommt die Neutralitätsinitiative zur Abstimmung. Der Ständerat wollte der Initiative ursprünglich einen Gegenvorschlag gegenüberstellen, letztmals mit der schlanken Formulierung: «Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.» Leider lehnte die Mehrheit des Nationalrats die Festschreibung der Neutralität auf Verfassungsebene mehrmals klar ab. In der Einigungskonferenz, bestehend aus 13 Ständeräten und 13 Nationalräten, wird in der Frühjahrsession 2026 in einem knappen Entscheid ein Gegenvorschlag bzw. die Verankerung der Neutralität auf Verfassungsebene definitiv abgelehnt.

Redaktion «Standpunkt»

1 EU-Unterwerfungsvertrag / Paket Schw

Die anderen Parteien dingt noch vor den ei



TA / 24. März 2026

Bemerkung: Zeitplan nicht bestätigt
Quelle: www.admin.ch; weitere Webseiten

Die Neutralitätsinitiative im Wortlaut

Eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die Bundesverfassung¹ wird wie folgt geändert:

Art. 54a²Schweizerische Neutralität

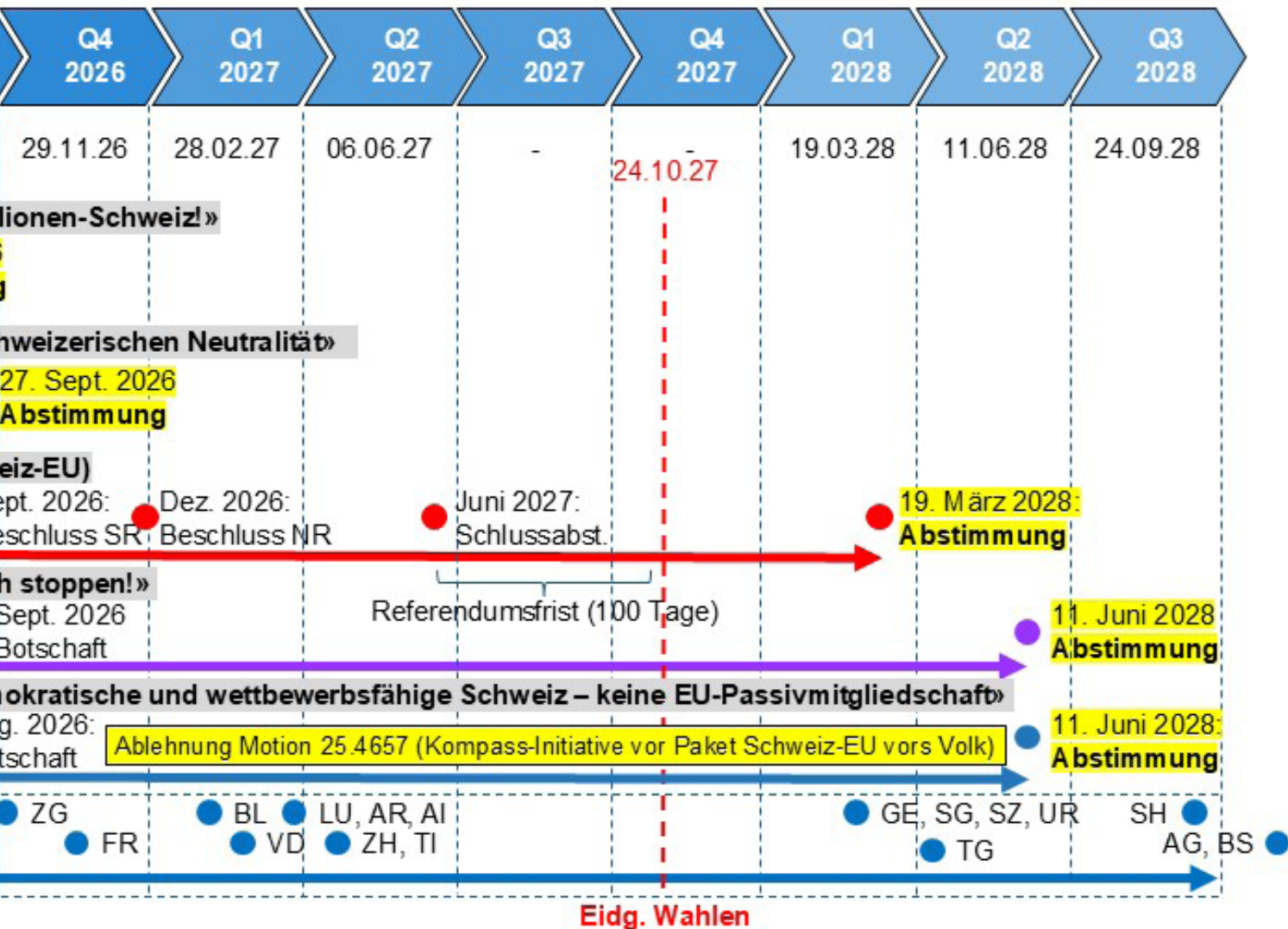
¹ Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.

² Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.



Schweiz-EU (26.023): Zeitplan der fünf wichtigsten Vorlagen im EU-Dossier

Wir wollen den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne bringen



Abstimmungsdaten noch nicht definitiv bestätigt.

³ Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.

⁴ Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität

für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

¹ SR 101

² Die endgültige Nummerierung dieses Artikels wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt; dabei stimmt diese die Nummerierung ab auf die anderen geltenden Bestimmungen der Bundesverfassung.

Nationalrat lehnt Palästina-Anerkennung ab

Wie vor ihm der Ständerat, lehnte auch eine Mehrheit des Nationalrats am 28. April 2026 die parlamentarische Initiative des Kantons Genf «für eine Anerkennung des Staates Palästina durch die Schweiz» ab.

EDU-Nationalrat Erich Vontobel sprach im Rat als Berichterstatter der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N):

«(...) Nach der sogenannten 3-Elemente-Lehre setzt die Anerkennung eines Staates ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine funktionierende Staatsgewalt voraus. Diese Voraussetzungen werden derzeit als nicht erfüllt betrachtet. Viertens wurde in der Kommission auch auf die Rolle der Schweiz in der internationalen Diplomatie hingewiesen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass eine einseitige Parteinahme und Anerkennung Palästinas die Neutralitätspolitik der Schweiz und ihre Glaubwürdigkeit als Vermittlerin im Nahostkonflikt schwächen könnte.»

Für die staatliche Anerkennung eines «Palästinenserstaates» stimmten primär die Parlamentarier von SP und Grünen. Die Vertreter der GLP-Fraktion haben sich mehrheitlich enthalten. Ebenfalls enthalten



haben sich gemäss Abstimmungsprotokoll des Nationalrats die beiden Nationalräte der EVP.

Redaktion «Standpunkt»

Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach

Trotz breiter Unterstützung in Armenien fordern die Regierungen in Jerewan und Baku, die Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach zu ignorieren. Die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) fordert den Bundesrat auf, diesem Druck aus dem Ausland standzuhalten und sein Vermittlungsmandat konsequent wahrzunehmen.



Bild: www.csi-schweiz.ch

Das Parlament hat den Bundesrat bekanntlich beauftragt, ein internationales Friedensforum zum Bergkarabach-Konflikt zu organisieren. Ziel ist ein offener Dialog: Unter internationaler Schirmherrschaft sollen Aserbaidschan und Vertreter der Bergkarabach-Armenier über eine sichere, kollektive Rückkehr der vertriebenen armenischen Bevölkerung verhandeln. Nun hat sich jedoch Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan der Haltung Aserbaidschans angeschlossen: Er teilte dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mit, ein solches Friedensforum sei «nicht erwünscht».

«Es ist zutiefst beunruhigend, dass die armenische Regierungspartei kurz vor den Wahlen den Bundesrat auffordert, die vertriebenen Opfer einer ethnischen Säuberung zu ignorieren. Fast keine andere Partei in Armenien teilt diese Haltung», erklärt Dr. Joel Veldkamp, Leiter Public Advocacy bei CSI. Die Schweizer Friedensinitiative wird von der Führung der im Exil lebenden Karabach-Armenier nämlich stark unterstützt. Ende April 2026 besuchten Delegierte aus Bergkarabach das Schweizer Parlament, um den Dialog mit National- und Ständeräten zu vertiefen. Mit dabei war auch EDU-Nationalrat Erich Vontobel, der sich seit Jahren mit Herzblut für die vertriebenen Armenier aus Bergkarabach einsetzt.

Weitere Informationen zur Schweizer Friedensinitiative: www.swisspeacekarabakh.com

Redaktion «Standpunkt» / Stiftung CSI-Schweiz

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Am 14. Juni 2026 stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ab. Die Initiative will den Bund verpflichten, die ungesunde Zuwanderungsentwicklung der letzten Jahrzehnte zu stoppen – damit sich die Schweiz nachhaltig und qualitativ entwickeln kann.

Gebäude, Wohnungen, Strassen, Beton: Täglich werden in der Schweiz 7,7 Fussballfelder überbaut. Das sind rund 1,65 Millionen Quadratmeter Land im Monat. Die Natur verschwindet. Unsere schöne Schweiz wird zubetoniert.

Zubetonierung der Natur stoppen

Wird der Boden überbaut, verliert er seine Durchlässigkeit für Wasser und Luft. Dadurch büsst er seine ökologische Funktion ein: Pflanzen können nicht mehr wachsen, die Biodiversität verschwindet. Damit entfällt auch eine wichtige Nahrungsquelle für Menschen und Tiere. Zudem kann der Boden keine Schadstoffe, kein Wasser und kein organisches Material mehr aufnehmen oder abbauen. Wir verlieren die Natur als Lebens- und Erholungsraum.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz innerhalb weniger Jahre. Weite Teile unseres Landes sind einer Überbauungssorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung.

Redaktion «Standpunkt»

Das will die Initiative erreichen:

- Die ständige Wohnbevölkerung* der Schweiz darf zehn Millionen bis 2050 keinesfalls überschreiten. Ansonsten muss der Bundesrat die bevölkerungstreibenden internationalen Verträge kündigen.
- Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.
- Bund und Kantone müssen eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zum Schutz unserer Umwelt und im Interesse der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung, der Bildungseinrichtungen, der Stromversorgung und der Sozialwerke gewährleisten.

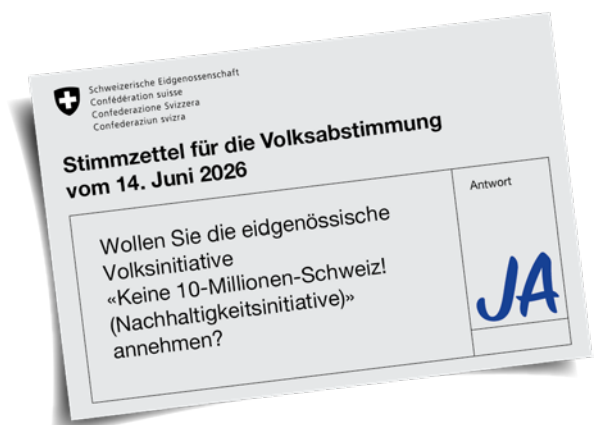
* zur ständigen Wohnbevölkerung gehören alle Schweizer Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten.

Netto-Zuwanderung in die ständige ausländische Wohnbevölkerung plus Anzahl Asyl-/Schutzstatus-Gesuche



Die masslose Zuwanderung seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 zeigt sich auch in der starken Zunahme der Wohnbevölkerung. Diese hat in den letzten 24 Jahren gemäss Bundesamt für Statistik von 7,25 Millionen um 1,9 Millionen auf Ende 2025 zugenommen. Zur nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung zählen Personen im Asylprozess (Ausweise mit unter 12 Monaten Anwesenheitsdauer sowie Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligung von unter 12 Monaten wie beispielsweise Stuc

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen aus diesen und vielen weiteren Gründen, JA zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» zu stimmen. Weitere Infos: www.nachhaltigkeitsinitiative.ch



Julia Scherrer-Beer in dankbarer Erinnerung

Mit Julia Scherrer-Beer hat uns eine treue Wegbegleiterin, interessierte Mitdenkende und warmherzige Persönlichkeit verlassen. Sie verstarb im April 2026 im Alter von 89 Jahren.



Katharina Baumann, Grossrätin EDU BE

Über viele Jahre hinweg waren Julia und Werner Scherrer eng mit der EDU und ihren Werten verbunden. Gemeinsam setzten sie sich mit Herzblut für ihre politischen Überzeugungen ein und verfolgten das Parteigeschehen bis ins hohe Alter mit grossem Interesse.

Julia Scherrer-Beer lebte viele Jahre in Münsingen und war tief verwurzelt in Familie, Freundschaften und christlichen Kreisen. Zusammen mit ihrem Ehemann Werner Scherrer – dem Gründer der EDU Schweiz sowie engagierten Unterstützer Israels und christlicher Hilfswerke – prägte sie ein Leben des Glaubens, der Verlässlichkeit und der Hingabe.

Wer Julia begegnete, erlebte eine ruhige, interessierte und herzliche Frau. Ihrem Mann stand sie stets treu zur Seite. Über ihn sagte sie einmal: «Er hatte eine eigenständige Haltung – und daran hat er festgehalten.»

Nach dem Abschied von Werner Scherrer im Jahr 2024 durfte Julia auf ein reiches gemeinsames Leben zurückblicken, geprägt von tiefem Glauben, grosser Verbundenheit zu Israel und einem beständigen Einsatz für ihre Mitmenschen.

Wir erinnern uns an Julia Scherrer-Beer mit grosser Dankbarkeit und bewahren ihr ein ehrendes Andenken. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten ihrer Familie und allen Angehörigen. ●



Wo du wohnst, möchte auch ich für immer bleiben. Bei dir suche ich Zuflucht wie ein Küken unter den Flügeln seiner Mutter.

Die Bibel, Psalm 61,5

Abschied

Julia Hulda Scherrer-Beer
17. Mai 1937 bis 26. April 2026



Traurig, bewegt und doch getröstet nehmen wir Abschied von unserer Schwägerin, Tante, Freundin und Weggefährtin.

Wir sind dankbar für die Zeit mit dir Jüggi. Deine liebevolle Art bleibt uns in wertvoller Erinnerung. Wir vermissen dich.

Nach einem langen, erfüllten Leben, kurz vor ihrem 89. Geburtstag, wurde Julia heimgelufen und von der zunehmenden Schwachheit ihres Körpers befreit. Sie durfte im Glauben an Jesus Christus ihr Leben auf dieser Erde beenden.

In lieber Erinnerung:

Heidi Beer, Schwägerin und lebenslange enge Freundin
Die Familien Beer, Familien Moser und Familie Cochard
Freunde von Pro Israel und weiteren verbundenen Werken
Freunde und Bekannte

Traueradresse:
Simon Beer, Beerstutz 1, 3110 Münsingen, simon.beer@gfc.ch

Aufbruch mit Klarheit, Fokus und Glauben

Am diesjährigen Politseminar der EDU Schweiz vom 2. Mai 2026 in Olten war deutlich zu spüren: Die Teilnehmer sind motiviert, inspiriert und bereit anzupacken. Getragen von einer gemeinsamen Mission und klarem Glauben, wurde sichtbar, dass ein echter Aufbruch im Gang ist.



Pirmin Müller, Generalsekretär EDU Schweiz

Am Politseminar der EDU wurde schnell klar: Hier geht es nicht um Theorie. Hier geht es um Aufbruch. Präsident Daniel Frischknecht brachte es auf den Punkt: Die EDU ist eine Volkspartei. Für alle da. Christus im Zentrum. Nicht Äusserlichkeiten zählen. Das Fundament zählt. Wer sich daran hält, bleibt klar und standfest.

Mit Philipp Gut folgte ein Referent, der Orientierung gibt und Klartext spricht – dies bereits zum dritten Mal bei der EDU. Er setzte klare Schwerpunkte bei Neutralität, Sicherheit und direkter Demokratie. Gerade Letztere ist mehr als ein Instrument. Sie schützt unser Land und gibt den Menschen eine Stimme. Gleichzeitig wurde deutlich: Die EDU muss sich nicht verstecken. Im Gegenteil. Gerade, weil sie nicht dem Zeitgeist folgt, braucht es ihren Einsatz. Wer klar ist, wird gehört. Wer Werte lebt, schafft Vertrauen. Seine zehn Grundsätze sind ein Aufruf zum Handeln. Ideen verändern die Welt. Der christliche Glaube zeigt das seit Jahrhunderten.

Generalsekretär Pirmin Müller knüpfte daran an und zeigte in seinem Referat «Fit für die Wahl», wie dieser Aufbruch konkret wird. Klarheit, Fokus und Nähe sind entscheidend. Wer weiss, wofür er steht, kann überzeugen. Wer gezielt plant, gewinnt Wirkung. Wer nah bei den Menschen ist, schafft Vertrauen.

Nationalrat Erich Vontobel machte Mut, selbst aktiv zu werden. Politik beginnt nicht erst im Amt. Leserbrief, Gespräche und Standaktionen wirken. Dort, wo Menschen erreicht werden, entsteht Wirkung.



Frischen Schwung bringt die Junge EDU. Tabea Engloch und Timmy Frischknecht zeigten, wie junge Menschen Verantwortung übernehmen und den Glauben sichtbar leben. Mit klarer Haltung, neuen Formaten und gezieltem Einsatz in den sozialen Medien erreichen sie ihre Generation und bringen die Werte der EDU kraftvoll ein.

Ob im Auftreten mit Martina Bolliger oder in der Aufbauarbeit mit Hans-Jörg Höpli: Die Richtung stimmt. Wir wachsen. Wir stärken einander. Wir arbeiten an unserem Auftritt und an unserer Wirkung. Und wir tun es mit einem klaren Ziel: politischer Erfolg und ein Einsatz, der Gott ehrt.

Jetzt ist der Moment, diesen Weg weiterzugehen. Mit Blick auf die kommenden nationalen Wahlen zählt jeder Einsatz. Jede Stimme. Jede Begegnung. Wer Teil dieser Bewegung ist, gestaltet mit.

Die EDU ist unterwegs. Und dieser Aufbruch hat erst begonnen. ●



Bedenkliche Kriminalitäts-Entwicklung

Ende März 2026 hat das Bundesamt für Statistik die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2025 veröffentlicht. Demnach wurden im letzten Jahr total 554'963 Straftaten gemäss StGB registriert. Bedenklich ist insbesondere die erneute Zunahme schwerer Gewaltstraftaten mit + 8,1 % gegenüber dem Vorjahr 2024.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Bereits 2024 stieg diese Kategorie um + 19,4 % gegenüber 2023! Von den 2025 total 55 getöteten Personen waren 32 Frauen. Rund 62 % der Tötungsdelikte wurden innerhalb einer bestehenden oder ehemaligen Partnerschaft oder in der Familie verübt. Dazu müssen wir auch die Opfer der nicht vollendeten Tötungsdelikte zählen, die für ihr Leben gezeichnet bleiben. Diese bedenklichen Zahlen zeigen, dass für manche Frauen das Leben in den eigenen vier Wänden riskanter und gefährlicher ist als ausserhalb...

Hier sind wir auch persönlich herausgefordert, bei Hinweisen auf Gewalt gegen Familienmitglieder in unserem eigenen Umfeld resp. in unserer Nachbarschaft nicht tatenlos zuzusehen bis etwas passiert, sondern rechtzeitig bei den Behörden resp. der Polizei zu intervenieren.

«Importierte» Kriminalität

Von den im Jahr 2025 über 92'000 wegen Straftaten registrierten Personen waren 42 % Schweizer und rund 58 % ausländische Staatsangehörige. Wie in früheren Jahren fällt auf, dass die Kriminalitätsrate bei Ausländern mehr als doppelt so hoch ist als bei Schweizern. Bedenkt man, dass ein Anteil der Schweizer Straftäter auf eingebürgerte Ausländer entfällt, steigt die Kriminalitätsrate von Straftätern mit Migrationshintergrund nochmals. Das ist nicht neu und wird auch in anderen europäischen Ländern festgestellt. Kriminalität ist in der Schweiz und in unseren Nachbarländern zu grossen Teilen «importiert», d.h. durch die fragwürdige und verantwortungslose Migrations- und Asylpolitik begünstigt! Das weiss man zwar schon lange und

rechtsbürgerliche Parteien und Gruppierungen, wie z.B. die SVP und die EDU, weisen seit Jahren auf diese für unsere innere Sicherheit gefährliche Entwicklung hin und verlangen die konsequente Anwendung der geltenden Gesetze und Asylbestimmungen. Aber das wird von den links-grün-liberalen Mainstream-Medien und -Parteien hintertrieben.

Krasses Beispiel ist die totale Verweigerung der Anwendung und Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen SVP-Initiativen «Gegen Masseneinwanderung» (9. Februar 2014) und «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» (28. November 2010). Beide Initiativen wurden auch von der EDU unterstützt, inkl. Ja-Parole. Die Weigerung von Bundesrat, Parlament, Justiz und sogar des Bundesgerichts, diese Verfassungsbestimmungen konsequent umzusetzen und anzuwenden, ist ein klarer Verfassungsbruch! Die Folgen sind bekannt: Der Missbrauch des Ausländer- und Asylrechts durch kriminelle Asylanten oder Ausländer wird durch Justiz und Behörden bedenklich toleriert und von den linkslastigen Mainstream-Medien humanistisch beweihräuchert. Wer dagegen opponiert und die konsequente Anwendung des geltenden Rechts verlangt, wird als Rassist verschrien.

Migrationspolitik korrigieren

Der international anerkannte Forensiker und Psychiater Prof. Dr. med. Frank Urbaniok hat jahrzehntelange Erfahrung mit der Analyse und Behandlung von Schwer- und Gewaltverbrechern. Frank Urbaniok hat 2025 im VOIMA-Verlag Horgen ein Buch mit dem Titel «Schattenseiten der Migration – Zahlen, Fakten, Lösungen» veröffentlicht. Darin zeigt er in einer schonungslosen Analyse die kriminellen Folgen der verfehlten Migrationspolitik im deutschsprachigen Raum anhand der Datenlage. In Italien und Frankreich dürften die Verhältnisse nicht besser sein. Organisierte Banden treiben auch bei uns ihr Unwesen mit Diebstahl, Drogen- und Menschenhandel, Prostitution usw. Urbaniok bezeichnet wenig überraschend islamische Staaten aus Afrika, dem Mittleren Osten, sowie Länder in Osteuropa und dem Balkan als bedeutendste Herkunftsländer krimineller Migranten. Wir sind im Eigeninteresse gefordert, diese Migrationspolitik zu korrigieren! ●



Importierte Kriminalität: Korrektur ist möglich!

Wir sind nicht machtlos gegen importierte Kriminalität. Die Schweiz kann Verbesserungen realisieren, wenn sie endlich ihre Hausaufgaben macht! Aus meiner Sicht muss sie dafür unter anderem Folgendes tun:



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Die Einwanderungs-Kontrolle ist wieder vollständig herzustellen. Die Schweiz muss das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU aufkündigen. Die damit automatisch ausser Kraft gesetzten Verträge der Bilateralen I müssen nach Bedarf ersetzt werden.

Diverse EU-Staaten wie Frankreich, Italien, Dänemark, Deutschland verstärken ihre Grenzkontrollen, weil sie der Schengen-Illusion nicht mehr vertrauen. Die Nutzung des Schengen Informationssystems SIS-II kann und soll beibehalten werden. Der Zugriff auf das SIS-II System kann neu geregelt werden.

Die Schweiz muss in ihre innere Sicherheit investieren und Polizei, Grenzschutz, Asyl- und Justizbehörden technisch, personalmässig und organisatorisch aufrüsten, damit sie in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ihre Aufgabe erfüllen können. Die geltenden Artikel 121 und 121a der Bundesverfassung sowie die Bestimmungen des Straf- und Asylrechts müssen konsequent angewendet werden. Der aktuelle Verfassungsbruch muss korrigiert werden!

Die Schweiz darf die neuen Verträge mit der EU auf keinen Fall annehmen, weil diese zu noch mehr EU-Einwanderung führen, samt Ausdehnung der Rechte gemäss EU-Bürgerrichtlinie.

Das Dauer-Gejammer wegen angeblichen Fachkräftemangels ist nicht berechtigt, wenn die Schweiz endlich ihre Hausaufgaben macht – das heisst, in die Ausbildung ihrer eigenen Leute investiert und genügend Pflegepersonal, Ärzte, Fachleute usw. ausbildet.

Im Gesundheitswesen muss die überbordende Bürokratie radikal reduziert werden, was möglich ist, wenn man sich auf das absolut Notwendige beschränkt. Dies, damit sich das Personal um Pflegearbeiten kümmern kann, statt einen Daten-Friedhof zu füttern, der allen Betroffenen Probleme macht und niemandem nützt. Im Gesundheitswesen müssen die Arbeitsbedingungen so geregelt werden, dass auch neu ausgebildete Leute im Gesundheitsdienst verbleiben und nicht nach zwei bis drei Jahren frustriert aussteigen. Auch die Bedingungen für Teilzeitbeschäftigte müssen attraktiv gestaltet werden.



Die Schweiz muss das generelle Referenz-Rentenalter grundsätzlich auf 67 Jahre anheben und für ältere Arbeitnehmende genügend flexible, reduzierte Arbeitspensien schaffen.

Die Schweiz muss das Arbeitsverbot für Asylanten grundsätzlich überprüfen. Aus meiner Sicht müsste eine nach SKOS-Richtlinien entschädigte Arbeit z.B. im Gesundheitsbereich obligatorisch sein. Der Verdienst müsste primär für die Entrichtung eines angemessenen Beitrags an die Unterbringungskosten verwendet werden. Dadurch würde das bisherige Schweizer «Asylanten-Ferienlager» etwas weniger attraktiv!

Die Schweiz muss die Abtreibung einschränken/verbieten – es fehlen die abgetriebenen Generationen!

Die Wirtschaft sowie die liberalen und linken Parteien müssen erkennen, dass Wirtschaft, Gesundheitswesen usw. nicht Drogen- und Cannabis-geschädigte Gehirne, sondern gesunde, engagierte, junge Leute brauchen und ihre kurzsichtige Drogen-Liberalisierung korrigieren.

Bürokratie im öffentlichen Bereich bei Staat, Behörden, Verwaltung müssen für Bürger, Wirtschaft und Gewerbe auf das wirklich Nötige reduziert und vereinfacht werden.

Es liegt im ureigenen Interesse der Schweiz und ihrer Bevölkerung, endlich die Hausaufgaben zu machen und das Schweizerhaus in Ordnung zu bringen! ●

Mobilität unter Druck

Essen, Trinken, Schlafen und Witterungsschutz gehören zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Aber der Mensch braucht noch viel mehr – z.B. Gemeinschaft und möglichst uneingeschränkte Mobilität. Diese gerät aber zunehmend unter Druck, zumindest wenn es nach den Plänen derer geht, die um des «Klimaschutzes» willen Dinge wie «15-Minuten-Städte» einrichten wollen.



Dr. med. Karin Hirschi, Redaktion «Standpunkt»

Velofahren mit Gegenwind

Die Organisation Pro Velo¹ machte kürzlich darauf aufmerksam, wie viel Unvorteilhaftes für den Veloverkehr gegenwärtig in Bund und Parlament diskutiert werde, u.a. die Velovignette für sämtliche Velos, Registrierungspflicht für Lastenvelos, Steuer auf Elektrovelos, Ausbildungspflicht für Velofahrer, Beschränkungen beim Kindertransport... Ich erkenne hinter solchen Vorschlägen vor allem etwas: einen Kontrollwahn. Ausgerechnet das Velofahren soll erschwert werden. Geht es am Ende gar nicht um Umweltschutz? Aber worum denn sonst?

E-Autos in rosarot

Vor gut einem Jahr fragte ich bei den Industriellen Werken Basel (iwb) nach, wie weit ein batteriebetriebenes Fahrzeug nach physikalischen Gesetzen noch Sinn mache, wenn es schwerer ist als ein E-Bike. Denn mehr Gewicht zu bewegen, verbraucht mehr Strom und die immer schwerere Batterie muss mit bewegt werden; das frisst einen Teil der Energie wieder weg. So entsteht ein immer krasserer Missverhältnis von Einsatz und Ertrag, je schwerer das Gefährt ist (z.B. ein Elektrobuss). Wenn man schon beim E-Bike Gewicht sparen muss, damit die Reichweite nicht zu sehr leidet, was



kommt dann erst dabei heraus, wenn man einige Tonnen Last per Batteriestrom bewegt? Leider kam von den iwb nie eine erklärende Antwort.

Dafür wurden nun im März-Magazin der iwb² die Vorteile der Elektroautos gepriesen. Die dazu verwendete «Logik» war mehr als abenteuerlich. Man brauche keine Angst zu haben, wegen leerer Batterie stehen zu bleiben: «Wer zu Hause laden kann, fährt ohnehin immer voll geladen los. Welches Dieselauto hat schon jeden Morgen einen vollen Tank?» Ich sass zunächst rätselnd vor dem Satz und fragte mich, was hier nicht stimmt. Das Erste: Tut es der Batterie wirklich gut, wenn man sie täglich (vgl. das «jeden Morgen» im obigen Satz) voll auflädt? Das Zweite: Welchen Vorteil hätte es für mich, wenn der Tank meines Dieselautos «jeden Morgen» voll wäre? Keinen. Denn nicht einmal bei Auslandsfahrten fülle ich den Tank vorab – man kann ja unterwegs tanken, in wenigen Minuten, und ein Tank reicht mir für fast 1'000 km.

Ebenso wenig konnte ich der Logik des Autors in der folgenden Passage folgen: «Eine Batterie für ein Auto mit 500 km Reichweite kann heute bis zu 3'000-mal geladen werden. Das ergibt insgesamt 1,5 Millionen Kilometer. So lange hält kein Auto.» Also wie war das gleich? Täglich mit einer voll geladenen Batterie losfahren, damit man sicher nicht steckenbleibt? Dann wären die 3'000 Ladezyklen aber in weniger als zehn Jahren aufgebraucht und das Auto würde die Batterie überdauern, nicht umgekehrt. Also entweder – oder! Entweder den Luxus haben, jedes Mal beim Starten eine volle Batterie zu haben und die 3'000 Zyklen bald zu «verbrauchen» oder aber mit jeder Ladung 500 km zu fahren und im schlimmsten Fall mal stehenbleiben. Aber beides zusammen geht nicht!

Kommt hinzu, dass jede Batterie jedes Jahr ungefähr 10 % Leistung (Reichweite) einbüsst; das wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Nach zehn Jahren ist die Reichweite nur noch etwa 200 km, nach fünfzehn Jahren gerade noch etwa 120 km...

Bleibt die Frage, was uns mit solchen Artikeln suggeriert werden soll. Kommt die offensichtliche Denkfehleistung wie in diesem Artikel aus einer Gedankenlosigkeit oder ist sie Absicht?

«Mobilitätswende» ungeschminkt

Eine Antwort darauf folgte postwendend im iwB-Magazin: der nächste Artikel war nämlich ein Interview mit Dr. Anne Greinus³ zur «Mobilitätswende». Es ging u.a. darum, wie man die Menschen dazu bringe, ihre Mobilitätsgewohnheiten zu ändern. Ich zitiere ausschnittsweise: «Ein Weg, um eine Verhaltensänderung herbeizuführen, sind gezielte Anreize.» «Braucht es auch Verbote?» «Ja, denn Anreize sind begrenzt wirksam. Die Corona-Pandemie hat eindeutig gezeigt: Eine fundamentale Verhaltensänderung braucht einen gewissen Zwang, in dieser Hinsicht braucht es wohl einen Mix aus Anreizen und Verboten.» Selten wird uns so offen gesagt, mit was

für Mitteln die «Klimaziele» erreicht werden sollen! Und es zeigt, dass wir das Thema nicht auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Sonst sind unsere Grundrechte in Gefahr, ein weiteres Mal. ●

Quellen:

¹ Pro Velo Magazin, Frühling 2026, print edition

² E² März 2026, print edition, Redact Kommunikation AG, Glattbrugg

³ Dr. Anne Greinus war u.a. für das Bundesamt(!) für Verkehr tätig

Finnische Studie: Geschlechtsumwandlungen helfen Jugendlichen psychisch nicht

Eine finnische Langzeitstudie, erschienen in der Fachzeitschrift Acta Paediatrica, stellt das weit verbreitete Narrativ infrage, dass medizinische Geschlechtsumwandlungen die psychische Gesundheit von Jugendlichen verbessern.

Die Ergebnisse zeigen das Gegenteil: Nach einem Eingriff nahmen psychische Erkrankungen deutlich zu. Bei jungen Männern mit Transition zur Frau stieg der Anteil psychischer Probleme von 9,8 auf 60,7%, bei jungen Frauen mit Transition zum Mann von 21,6 auf 54,4%.

Bereits vor der Behandlung litten 45,7% der Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie unter psychiatrischen Auffälligkeiten – gegenüber 15% in der Kontrollgruppe. Die Forscher schlussfolgern, dass schwere psychische Erkrankungen nicht primär auf die Geschlechtsdysphorie zurückzuführen sind und der psychiatrische Behandlungsbedarf nach einer Geschlechtsangleichung nicht abnimmt.

Damit widersprechen die Studienergebnisse gleich zwei zentralen Argumenten der Trans-Bewegung: dass Transitionen psychisches Leid lindern und dass dieses Leid vor allem auf gesellschaftliche Diskriminierung zurückzuführen sei. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Akzeptanz hätten die Belastungen eigentlich sinken müssen, so die Forscher. Die Studienautoren fordern daher, psychische Erkrankungen unabhängig von der Geschlechtsidentität angemessen zu behandeln.

Redaktion «Standpunkt»

Quelle: *nius.de*, 20. April 2026

Schweizer Schurwoll-Duvet



- warm im Winter
- kühl im Sommer
- temperaturregulierend
- feuchtigkeitsausgleichend

Seit 40 Jahren sind wir als Familie als Wollspezialisten für Sie am Ball. Wir verarbeiten das wunderbare Naturprodukt „Schafwolle“ und fertigen Bettdecken in allen Grössen.

In unserem Laden finden Sie alles, was Sie sich aus Wolle vorstellen können: Filzwolle, Wollteppiche und eine grosse Auswahl an Kleidern aus Wolle.

Spycher-Handwerk AG
Schaukarderei / Wollparadies



www.kamele.ch

062 962 11 52

Bestellen Sie online oder besuchen Sie uns direkt in Huttwil BE

Wirtschaft erleben – Junge EDU lädt ein zur Firma Schöni

Die Junge EDU Schweiz lädt am Freitag, 7. August 2026, zu einem besonderen Anlass in den Kanton Aargau ein. Bei einem Firmenbesuch der Schöni Transport AG in Rothrist erhalten Mitglieder, Sympathisanten und interessierte Gäste einen spannenden Einblick in ein traditionsreiches Schweizer Familienunternehmen. Der Anlass verbindet Begegnung, wirtschaftliche Einblicke und den Austausch zwischen Politik und Unternehmertum.



Timmy Frischknecht, Präsident Junge EDU Schweiz

Der Abend beginnt um 18:00 Uhr mit einem gemeinsamen Essen im Firmenrestaurant. Dieses bietet Gelegenheit zum Kennenlernen und zum Austausch unter Mitgliedern und Gästen. Im

Anschluss folgen eine Firmenpräsentation und Standortvorstellung, bevor die Teilnehmenden bei einer Führung durch das Logistikcenter erleben können, wie moderne Transport- und Logistikprozesse organisiert werden. Gerade in einer globalisierten Wirtschaft spielt die Logistik eine zentrale Rolle – sie verbindet Produzenten, Handel und Konsumenten und trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit bei.

Ein besonderer Programmpunkt ist das anschließende Gespräch mit Livio Schöni, Enkel des Firmengründers. Im Interview berichtet er über christliche Werte, Tradition und Verantwortung im Familienunternehmen sowie über Generationen in einem Betrieb, der über Jahrzehnte gewachsen ist. Für die Junge EDU steht neben dem wirtschaftlichen Einblick auch das Netzwerken und der Aufbau der Jungen EDU im Kanton Aargau im Vordergrund. Junge Menschen sollen ermutigt werden, sich politisch zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang sucht die Junge EDU aktuell mindestens eine Person, die den Aufbau und die Leitung der Jungen EDU im Kanton Aargau übernimmt.



Interessierte aus der Region sind herzlich eingeladen, den Anlass zu besuchen, Kontakte zu knüpfen und mehr über die Arbeit der Jungen EDU sowie über die Herausforderungen und Chancen der Schweizer Wirtschaft zu erfahren.

Datum: Freitag, 7. August 2026

**Ort: Schöni Transport AG, Neue Industrie-
strasse 1, 4852 Rothrist**

Programm

- 18:00 – 19:00 (kostenlos, Anmeldung erforderlich)
- Gemeinsames Essen im Firmenrestaurant
- 19:15: Firmenpräsentation
- 19:30: Führung durch das Logistikcenter
- 20:15: Gespräch mit Livio Schöni *Christliche Werte und Tradition im Familienunternehmen*
- **anschliessend** Apéro auf der Terrasse & Möglichkeit zum Lastwagenfahren



Eingeladen sind Mitglieder und Sympathisanten sowohl der Jungen EDU als auch der Mutterpartei. Gäste sind herzlich willkommen. Eine Teilnehmerlimite besteht nicht.

Vergünstigte Übernachtungen (insb. für Delegierte, die am nächsten Morgen in Olten an die DV gehen) können beim Hotel Olten mit dem Vermerk «Junge EDU» direkt beantragt werden, müssen jedoch individuell bezahlt werden. Diese Kosten werden nicht von der Jungen EDU übernommen.

Die Teilnahme inklusive Essen am Anlass ist kostenlos, eine freiwillige Kollekte in Form einer Spende ist jederzeit möglich. Parkplätze sind vorhanden. Bei Bedarf kann ein Shuttle ab dem Bahnhof Olten angeboten werden. Sämtliche Informationen befinden sich in der **Anmeldung:**

<https://forms.gle/XpMhDs2yfUsd4Psg8>

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

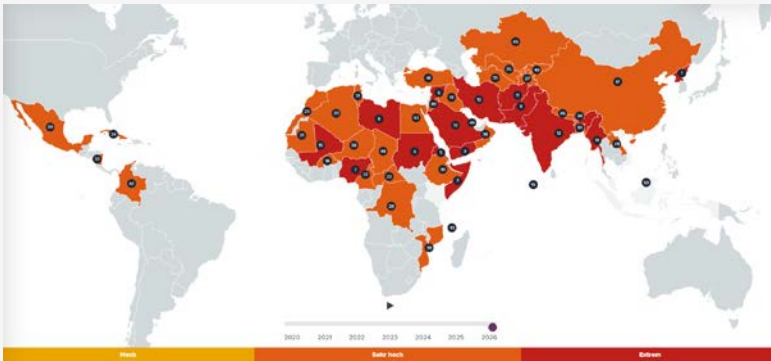
EDU Kanton Solothurn frisch gegründet

Am Dienstag, 21. April 2026 wurde im Hotel Olten die EDU Kanton Solothurn «wiederbelebt». Rund 20 Personen fanden sich ein, um die Kantonalsektion neu zu gründen. Mit an Bord ist ein motivierter Vorstand, der gekommen ist, um zu bleiben. Als Präsident gewählt wurde der 59-jährige Beat Furrer. Der studierte Agronom ist wohnhaft in Oensingen. «Es ist mir ein Anliegen, dass man im Kanton Solothurn wieder EDU wählen kann. Ich bin sicher, dass wir hier eine Zukunft haben», sagte Furrer beim Gründungsakt in Olten. Man sei nicht nur «Christusangehaucht», sondern «christusbezogen», so Beat Furrer laut «Solothurner Zeitung» bei seiner Antrittsrede. Die Solothurner EDU sieht Chancen unter anderem darin, christliche Wähler für sich zu gewinnen, die andernorts nicht mehr zufrieden sind. Gerade, seit die einstige CVP das C abgelegt und zur Mitte geworden sei, habe man einige neue Leute gewinnen können, sagte der EDU-Sektionsverantwortliche Hans-Jörg Höpli in Olten.



Sie sind aus dem Kanton Solothurn und möchten die EDU-Sektion mittragen und unterstützen?
Melden Sie sich bei uns: info@edu-schweiz.ch

Christenverfolgung weiterhin gravierendes Problem



Laut dem aktuellen Weltverfolgungsindex 2026 des Hilfswerks «Open Doors» sind weltweit mehr als 388 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens einem hohen Mass an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. 4'849 Christen wurden im vergangenen Jahr aufgrund ihres Glaubens getötet. 3'632 Kirchen wurden geschlossen oder angegriffen. In 15 Ländern (darunter Indien, Iran oder Saudi-Arabien) werden Christen auf extreme Weise verfolgt.

Die EDU nimmt das traurige Schicksal so vieler Glaubensbrüder und -schwestern nicht tatenlos hin. Immer wieder thematisieren wir das Unrecht auch auf politischer Ebene. Eine unserer Massnahmen, die wir durchsetzen wollen: Keine Schweizer Entwicklungshilfe mehr an Staaten, die Christen unterdrücken. [Weitere Infos: www.opendoors.ch/index](http://www.opendoors.ch/index)

«Marsch fürs Läbe» kämpft für Bewilligung in Zürchs Innenstadt

«Together for Life» – die Teilnehmer vom «Marsch fürs Läbe» wollen am 19. September 2026 in der Zürcher Innenstadt marschieren. Bereits im letzten September und nochmals im Februar 2026 wurde das Gesuch dafür bei der Stadt Zürich gestellt und inzwischen abgelehnt. Der «Marsch fürs Läbe» beschreitet nun den Rechtsweg und fordert eine Neu Beurteilung. Mehrfach wurde gegenüber der Stadt Offenheit für Routenvorschläge, vergleichbar mit anderen Demos, die in Zürich regelmässig durch die Innenstadt führen, signalisiert. Trotz Nachhakens herrscht bezüglich öffentlichkeitswirksamer Alternativen durch die Stadt bis heute Funkstille. Das Thema der Demo ist gross und gesellschaftlich hochrelevant: Es geht um Leben und Tod von Tausenden. In der Schweiz werden täglich 33 Kinder durch Abtreibung getötet. Um diesen Menschen eine Stimme zu geben, nimmt der «Marsch fürs Läbe» die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit wahr. Es ist staats erhaltend und bedeutsam, dieses Recht zu schützen, weil sonst gewaltbereite Gruppierungen darüber entscheiden, was – und wo – in der Öffentlichkeit gesagt werden darf und was nicht.

[Weitere Infos: www.marschfuerslaebe.ch](http://www.marschfuerslaebe.ch)



Ein giftiger Cocktail

Gerade erleben wir wieder, wie der Bundesrat sich bei der «Nachhaltigkeitsinitiative» massiv in den Abstimmungswahlkampf einmischt. Sollte er vermehrt beanspruchen, die Hoheit über die Wahrheit zu haben und andere Argumente, Meinungen und Überzeugungen unterdrücken, sprich zensurieren, wird es höchst gefährlich für uns und das Erfolgsmodell Schweiz.



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Bundesrat Beat Jans bekämpft – neben vielen Medien und Parteien – die «Nachhaltigkeitsinitiative» vehement. Die oft absurden Argumente zeigen

die Angst vor einem Ja. Noch grösser dürfte die Furcht des Bundesrats vor EU-

Reaktionen sein, anstatt selbstbewusst unsere guten Gründe darzulegen. Schon in der Vergangenheit drohten Bundesräte, bei einem Nein zum Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) würde das Land viele Nachteile erleiden. Das Gegenteil war der Fall. Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit wurde uns versichert, es kämen nur 8'000 bis 10'000 Einwanderer. Unterdessen sind wir jedes Jahr mit mehr als zehn Mal so vielen Personen konfrontiert. Es gäbe weitere Beispiele für falsche Beurteilungen durch unseren Bundesrat. Umso gefährlicher wird es, wenn die Meinungsbildung nicht mehr aus vielfältigen Quellen möglich wäre und damit die «Schwarmintelligenz» durch das Volk nicht mehr greifen könnte.

Bundesrat Beat Jans' Verlautbarungen

Beat Jans möchte nicht den engsten Verbündeten, die EU, vor den Kopf stossen mit der Forderung, das Personenfreizügigkeitsabkommen zu kündigen, falls die 10-Millionen-Marke bis 2050 überschritten würde. Dabei müsste man vielleicht nur die Masseneinwanderungs- sowie die Ausschaffungs-Initiative umsetzen! Die Schweiz wächst 16-mal schneller als Deutschland, aber auch die Schutzklausel wollte

man nie anrufen. Wenn Schengen/Dublin und weitere Verträge aufgelöst würden, wäre dies nicht auch zum Nachteil der EU? Zudem funktioniert Schengen/Dublin schon heute nicht richtig.

Verschiedene «Wahrheiten»

Ebenso kann man die Warnung von Beat Jans vor einem «Ein-rein – ein-raus»-System nicht ernst nehmen, könnten doch weiterhin 30'000 bis 40'000 Personen (netto) einwandern. Ebenso die propagierte Notwendigkeit der (unkontrollierten) Einwanderung, haben doch die in 25 Jahren netto eingewanderten 1,9 Millionen Personen den sog. Fachkräftemangel nicht gemindert. Im Gegenteil, weil zu viele und die Falschen kommen.

Der Bund gibt für die Asylbewerber mindestens 3,5 Milliarden Franken jährlich aus. Leider will oder kann niemand ausrechnen, was die Einwanderer zusätzlich die Kantone, Gemeinden, Polizeibehörden, Strafgerichte, Schulen, Krankenkassen etc. kosten.

EMEK und Pfisters VBS

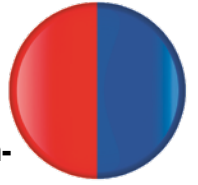
Wie auch schon berichtet, möchte die EMEK (Eidgenössische Medienkommission) die Macht der sozialen Plattformen einschränken. Statt echte Vielfalt und Unabhängigkeit zu fördern, könnte der Fokus letztlich auf mehr staatlicher Kontrolle liegen.

Bundesrat Martin Pfisters VBS möchte zudem Bürger, die eine andere Meinung vertreten, künftig stärker ins Visier nehmen. Sein Departement hat allerdings die konkreten Massnahmen, mit denen die Armee angebliche Propagandisten künftig im Zaum halten will, schwärzen lassen. Die Beamten des VBS sind sich der Brisanz bewusst, nennen sie doch die Möglichkeit, dass die in der Bundesverfassung garantierte Meinungs- und Informationsfreiheit in Artikel 16 sowie die Medienfreiheit in Artikel 17 tangiert sein könnten.

Sollten schlussendlich die Meinungs- und Informationsfreiheit eingeschränkt, dafür die «Wahrheiten» der Regierung für sakrosankt und die Propagandamaschinerie weiter ausgebaut werden, wäre neben den Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger auch der Erfolg unseres Systems akut gefährdet. ●



Il 14 giugno il popolo svizzero sarà chiamato a votare sull'iniziativa «No ad una Svizzera da 10 milioni»



Al di là degli slogan, questa votazione pone una domanda semplice, ma fondamentale: la Svizzera è davvero in grado di sostenere una crescita continua della popolazione senza compromettere la qualità di vita, il territorio e la coesione sociale?

Negli ultimi anni abbiamo percepito tutti un peggioramento concreto della situazione: traffico sempre più intenso, trasporti pubblici sovraccarichi, difficoltà nel trovare alloggi a prezzi accessibili, pressione sui salari, aumento della cementificazione e perdita progressiva di spazi verdi e terreni agricoli. A questo si aggiungono scuole più affollate, infrastrutture sotto stress e un senso crescente di insicurezza e frammentazione sociale.

Di fronte a queste criticità, gli oppositori dell'iniziativa tendono a liquidare le

preoccupazioni dei cittadini come paure infondate. Ma raramente propongono soluzioni concrete.

Sostengono, in sostanza, che la crescita sia inevitabile, senza spiegare come intendano affrontarne le conseguenze pratiche. Dire semplicemente "abbiamo bisogno di immigrazione per avere la manodopera qualificata di cui necessita l'economia" non basta se poi mancano risposte credibili sui costi sociali, territoriali ed economici che questa crescita comporta.

Inoltre, dato che ogni anno lasciano la Svizzera almeno

80'000 stranieri, anche bloccando il numero di abitanti a 10 milioni, il personale qualificato straniero di cui necessitiamo potrebbe arrivare comunque, al posto di chi parte, senza superare la soglia dei 10 milioni.

Sostenere questa iniziativa non significa chiudersi al mondo né mancare di rispetto verso chi arriva nel nostro Paese. Significa invece riconoscere che ogni comunità ha dei limiti e che governare significa anche avere il coraggio di pianificare il futuro con responsabilità. Una Svizzera più equilibrata, vivibile e soste-

nibile è nell'interesse di tutti, svizzeri e stranieri.

Una società veramente umana non pensa soltanto alla crescita economica, ma anche alla dignità delle persone, alla qualità delle relazioni, alla tutela del Creato e alla responsabilità verso le future generazioni.

Per questo il 14 giugno vale la pena votare SÌ all'iniziativa «No ad una Svizzera da 10 milioni».

Edo Pellegrini,
presidente
UDF Ticino



Jesus ist gut für unsere Welt!



Ist das Christentum schlecht für die Welt?

Sharon James

Sharon James, **Ist das Christentum schlecht für die Welt? Wie der christliche Glaube die Geschichte beeinflusst hat.** Bad Oeynhausen: Verbum Medien, 2025. ISBN 978-3-98665-336-1.

Sharon James ist eine britische Historikerin und Theologin. In ihrem neuesten Büchlein fasst sie innerhalb einer Lese-Stunde die wichtigsten Fakten der Kirchengeschichte zusammen, wie Jesus uns mithilfe der Bibel reich gemacht hat: Dank der Etablierung des christlichen Menschenbildes, in dem jeder Menschen Gottes Ebenbild ist (imago Dei), Bildung und Technologie.

Ebenso werden die drei Grundwerte Freiheit, Wachstum und Erfüllung erklärt. Dabei argumentiert sie einerseits für Ehe und Familie (vgl. S. 45) sowie Enthaltsamkeit vor der Ehe (vgl. S. 46). Andererseits wendet sie sich mutig gegen Tabuthemen wie die Vergottung des Staates (vgl. S. 13), die Evolutionstheorie (vgl. S. 12), Christenverfolgung (vgl. S. 17), Marxismus (vgl. S. 37), Relativismus, Sterbehilfe, Abtreibung (vgl. S. 39) und Pornografie (vgl. S. 49). Das Werk ist ein hervorragend recherchierter Lesegenuss. Jeder Satz ist ein Volltreffer.

Herzlich empfehle ich es allen Skeptikern und Christen: «Die Wahrheit über Gott und Mensch, wie sie in der Natur und in der Heiligen Schrift offenbar wird, ist die einzig solide Grundlage für den Schutz des Lebens, der Würde und der Entfaltung des Menschen» (S. 40).

Pfr. Michael Freiburghaus, Leutwil AG

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Abraham's Food & Drinks.
Medjool Datteln Bioqualität mit viel Frische, weil nur halbtrocknet. Jetzt Aktionspreis 35.-/2 kg! Diverse Schnäppchen auf www.isratrade.ch. Tel. 077 434 44 73

Medjool-Datteln aus Israel,
5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

VERMIETEN

Ferienparadies Sardinien – Neu renoviertes Altstadtthaus in Orosei, 1-3 Zi. mit jeweils sep. Bad, Küche/Wohnen, Loggia mit Blick zum Meer. Restaurants, Gelateria und Supermärkte zu Fuss erreichbar, 2 km zum Strand mit gratis Parkmöglichkeit. Vielseitige Ausflugsziele. K: www.marepuro.eu, Tel. +39 375 517 6558

Erleben Sie den Frühling in Guntent! Studio mit Balkon und Liegewiese am See; PP/AEH, ÖV 2 Min., CHF 450.-/W. K: 079 411 00 10, rednose@bluewin.ch

Ferien, Auszeit, geniessen – in der Alphütte in Teuffenthal, in ruhiger Lage mit Hotpot. Infos: www.weichel.ch, 079 723 03 20

Hübsch eingerichtete 2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee, ideal bis 2 Pers., ged. Sitzplatz, PP vor dem Haus, ÖV 2 Min. Genial für Spaziergänge, Wandern, Velofahren, Baden, usw. Preis inkl. PP, WLAN, TV, RADIO, Bettwäsche usw. K: 078 666 36 51

Meer und Sonne in Spanien geniessen. Neue, modern eingerichtete 3-Zi.-Ferienwohnung mit zwei Badezimmern, Nähe Alicante. Herrlicher Blick aufs Meer von Balkon und Terrasse mit eigenem Whirlpool. Whg an erhöhter Lage in Überbauung mit Pool. Einkauf und Strand in Gehdistanz. Infos: www.ga22.ch, 079 751 04 57

Ferien im Prättigau: 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, fiora7231@hotmail.com, 081 332 33 61

STELLENSUCHE

Ehrliche, zuverlässige Schweizerin, 54-j., gelernte PA, sucht **Anstellung als Hausdienstmitarbeiterin** in Privathaushalt, Firma, Hotel o.ä.; nicht ortsgelunden. Auf Ihren Anruf freut sich E. B. Tel. 078 903 01 88 (bitte keine Combox-Nachrichten)

Die EDU lädt ein

Würenlos AG: jeden zweiten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr, Lättenstrasse 8: **Gebet** bei M. Suter. K: 079 825 44 05

Heiden AR: jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pflingstgemeinde, Asylstrasse 26: **EDU-Gebet**. K: 077 520 48 73

Männedorf ZH: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9.30–10.00 Uhr, Luegislandstrasse 27: **EDU-Gebet**. K: 044 920 45 43

Biel BE: jeden ersten Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: **EDU-Gebet**. K: 032 365 42 53

Dietikon ZH: jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Silbern Church, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: www.israel-gebetstreffen.ch

Herisau AR: **EDU-Fürbittegebet**, Datum auf Anfrage. K: E. Winteler, 071 351 33 56

Brugg AG: 19.30–20.30 Uhr. **Gebetsabend für die EDU**, jeweils am letzten Mittwoch im Monat, Tel. 079 635 89 17

29.5./12.6./26.6. Schöftland AG: Feldackerstrasse 7: **EDU-Fürbitte-Gebete für die Nation**. Tel. 079 864 41 96

30.5. Schaffhausen: **Parteitag** in Ruedlingen Buchberg. Weitere Infos: www.edu-sh.ch

30.5./27.6. Wil SG: **EDU bi dä Lüt:** Jeden letzten Samstagmorgen im Monat, ab 10.00 Uhr, Marcos Kafwerk, Bronschhoferstrasse 44, 9500 Wil. K: HJ. Höpli, 079 407 08 35

8./22.6. Bülach ZH: 20.00–21.00 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: **Fürbitte-Gebet**. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

12.6. Eschlikon TG: ab 19.30 Uhr, Rest. Post, Bahnhofstrasse 7: **EDU-Treff**. Keine Anmeldung – einfach dabei sein. K: www.edu-tg.ch

Rotkreuz ZG: Restaurant Revive, Lettenstrasse 7: ICCG (Internationale Christliche Handelskammer Schweiz)-Seminarreihe «Transformed Working Life», **Power-Seminar «Führung auf den Punkt gebracht**». 9.00–10.00 Uhr: Frühstück, 10.00–12.00 Uhr: Meeting und Gebet. Unkostenbeitrag: CHF 50.–.
13.6. Strategien des Himmels
19.9. Verwalterschaft

17.10. Dienende Führung
Zusammenarbeit EDU Kanton Zug und ICCG Schweiz. Anmeldung: www.edu-kanton-zug.ch/kontakt

25.6. Schaffhausen: 20.00 Uhr, **Gebet**. Weitere Infos: www.edu-sh.ch

28.6. Studen BE: 14.00 Uhr, Rest. Florida, Aareweg 25, Navi: Grienweg 14: Israel-Vortrag **«Wenn Prophetie zur Schlagzeile wird! Israel, den Messias und die Endzeit verstehen»**, mit Michael Schneider aus Jerusalem. Veranstaltung der EDU Biel-Seeland. K: www.edu-biel-seeland.ch

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

7.6. Absolvierungsfeier «Studien-gang Evangelische Theologie»
K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Paladina Pura TI

7.–13.6. Wanderwoche und Andachten **«...nach dem Herzen Gottes?!»**, mit Heidi und Stefan Dollenmeier. K: info@paladina.ch

Vortragstournee mit Michael Scheider aus Jerusalem

22.6. 19.30 Uhr, RigiKirche FCG, Lettenstrasse 7, 6343 Rotkreuz **«Wie sieht der Jude den Messias? Erwartet - aber nicht erkannt!»**
Folgende Anlässe zum Thema **«Wenn Prophetie zur Schlagzeile wird!»**

23.6. 19.30 Uhr, Stadthofsaal Theaterstrasse 1, 8610 Uster, EDU Anlass

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 1011, 3601 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

Der «EDU-Standpunkt»
07-08/2026 wird am
29. Juni 2026
versendet.

Redaktionsschluss:
5. Juni 2026
Druck: 24. Juni 2026

STANDPUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

24.6. 19.30 Uhr, Pfimi Heiden, Asylstrasse 26, 9410 Heiden, Ev. Allianz Heiden

25.6. 19.30 Uhr, Oberdorfkirche, Aurenstrasse 10, 8820 Wädenswil
26.6. 19.30 Uhr, Gütli Rossau, Baarerstrasse 8, 8932 Mettmenstetten
27.6. 20.00 Uhr, FEG Obwalden, Industriestrasse 2, Büntenpark, 6060 Sarnen

28.6. 14.00 Uhr, Rest. Florida, Aareweg 25, Navi: Grienweg 14, 2557 Studen, EDU Biel-Seeland

28.6. 19.30 Uhr, Konferenzhalle CBZ, Hasli 265k, 3534 Signau

29.6. 19.30 Uhr, Silbern Church, Riedstrasse 3, 8953 Dietikon

30.6. 19.30 Uhr, Donaustrasse 13, D-88046 Friedrichshafen

1.7. 20.00 Uhr, Mülisaal, Hedigeldstrasse 4, 8404 Winterthur, EDU Winterthur
Freiwillige Kollekte

Kontakt:

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Stimmt Ihre
Adresse noch?

Bitte helfen Sie Kosten
sparen und teilen Sie uns
Adressmutationen und Ihre
E-Mail-Adresse mit:
Telefon 033 222 36 37
mutationen@edu-schweiz.ch

Danke!

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. **Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU (CH6947888) überweisen.**

Neue Telefonzeiten des Zentralsekretariats ab 1. Juni 2026
Montag, Dienstag,
Donnerstag und Freitag
9.00–11.30 Uhr

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach 1011
3601 Thun Aarezentrum

Neue Telefonzeiten des Zentralsekretariats ab 1. Juni 2026

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
9.00–11.30 Uhr

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Anian Liebrand (Redaktionsleitung),
Bruno Zürcher, Karin Hirschi, Lisa Leisi

Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: shutterstock
9: Harold Salzmann
10, 11, 12: Adobe Stock
Kopfbilder, 3, 6, 8, 14, 15, 16, 19: zvg

45. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 19 000 Exemplare

Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4
3600 Thun
www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.–/25 € für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MWST)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

EDU Podcast: Eine Erfolgsgeschichte

Was im August 2025 als mutiger Schritt in die eigene Medienwelt startete, hat sich zu einem beachtlichen Erfolg entwickelt: Der «EDU Podcast» erreicht heute zehntausende Menschen.

Als die EDU Schweiz im August 2025 ihr eigenes Filmstudio lancierte und mit dem «EDU Podcast» an den Start ging, war das ein klares Signal: Die EDU wollte nicht länger auf das Urteil und die «Gnade» der Mainstream-Medien angewiesen sein, sondern selbst Themen setzen – unzensuriert und direkt. Moderiert von «Standpunkt»-Redaktionsleiter Anian Liebrand und EDU-Präsident Daniel Frischknecht, hat das Format seither über 31'000 YouTube-Abonnenten gewonnen.

Den Auftakt bildete eine dreiteilige Gesprächsreihe mit Prof. Dr. Stefan Hockertz zu den Corona-Massnahmen – ein Thema, das vom Mainstream bis heute kaum kritisch beleuchtet wird. Seither erscheinen regelmässig neue Folgen zu gesellschaftspolitischen Hintergrundfragen, die vielerorts totgeschwiegen werden. Viel Beachtung fanden insbesondere die bisher ausgestrahlten Podcast-Gespräche mit Chris Brönimann, Philipp Kruse, unter Impfschäden leidenden Frauen oder mit Betroffenen von ritueller Gewalt.

Der Podcast erfüllt seinen Auftrag: Er bringt Menschen, von denen einige bisher wenig von der EDU wussten, mit der Partei in Berührung. Und es geht weiter! Die EDU Schweiz verfolgt das Ziel, alle zwei Wochen eine neue Folge zu veröffentlichen. Unterstützen Sie uns bitte auf diesem Weg und machen Sie Freunde und Bekannte auf den «EDU Podcast» aufmerksam.

Weitere Infos: www.youtube.com/@eduschweiz6697

Anian Liebrand, Redaktionsleiter «Standpunkt»



Der neueste EDU Podcast mit Prof. Dr. Mario Andreotti wurde ausgestrahlt am Freitag, 22. Mai 2026.

**SCHLUSS
PUNKT**

Israel liebende Familie
SUCHT
Wohnung oder Haus
in Israel zu kaufen



079 783 98 28
israel-freunde@gmx.ch

eljah

Bruno Jordi
079 651 92 74
eljah.ch
jordi.b@bluewin.ch

Ihr
Geschenk



Silber und Gold als Münzen und Granulat

Damit Ihr Ersparnis den Wert behält und jederzeit verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen und Münzen bestellen.

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

**Die grosse
Geschichte
des Vaters**



Für alle, die es wissen wollen.

www.ARCHA.ch

zubi
Dein Sport- und Freizeitanbieter.

**Los Lorentes
Residences**
loslorentes.com

GTATREUHAND
Buchführung
Steuerberatung
Lohnadministration
Startups
www.gta-treuhand.ch

Huwa
seit 1911
www.huwa.ch | 062 773 11 70
Zetzwillerstrasse 694 | 5728 Gontenschwil
Follow us on social media!

Christlicher Hilfsbund im Orient
**Hilfe für Armenier
und den Libanon
seit 1937.**
www.hilfsbund.ch

TB **TRANSPARENT
BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

**E. + W.
BERTSCHI
AG**
5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.
RS **Hilfsmittel** Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch

BB Wertmetall®
Gut zu haben.

Silber übertraf 2025 sowohl Gold als auch Bitcoin in der Wertentwicklung.

S-Deposito⁺

- ✓ **100 % Reales Silber**
Jährliche Wirtschaftsprüfung testiert vollständiges Vorhandensein.
- ✓ **100 % Eigentum**
Das Silbergranulat gehört ausschliesslich Ihnen als Anleger.
- ✓ **100 % Versicherungsschutz**
Ihr Silber wird versichert im Schweizer Zollfreilager verwahrt.
- ✓ **99,99 % Rein**
Zertifiziertes Silbergranulat mit einer Reinheit von 99,99 %.
- ✓ **100 % Flexibilität**
Tägliche Ein- und Auszahlungen sind ohne Kündigung möglich.

Eröffnen Sie jetzt Ihr S-Deposito. Wir informieren Sie sehr gerne persönlich.

s-deposito.swiss

062 892 48 48

contact@bb-wertmetall.ch